Der Frontenfrühling von 1933 und die Bürgerlichen : "...mit ihnen einverstanden, wenn sie es unternehmen, unsere Ratssäle vom russischen Ungeziefer zu säubern"

Autor(en): **Koller, Christian**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **86 (2008)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-342081

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Der Frontenfrühling von 1933 und die Bürgerlichen

«… mit ihnen einverstanden, wenn sie es unternehmen, unsere Ratssäle vom russischen Ungeziefer zu säubern»

Am 23. September 1933 kam es rund um den Zürcher Stauffacher zu einer wüsten Schlägerei. Als am Abend vor den Wahlen

Christian Koller

zum Zürcher Stadt- und Gemeinderat ein rechter Werbefackelzug ins Arbeiterquartier Aussersihl einmarschieren wollte, wurde er – trotz Ermahnungen der sozialdemokratischen Presse zur Besonnenheit – von aufgebrachten Arbeitern bereits nach wenigen Metern abgefangen und über die Sihl in vornehmere Gefilde zurückgeprügelt. Dabei hatten die Rechten noch Glück, standen doch auf den Hausdächern entlang der Langstrasse andere Arbeiter mit Benzinfässern bereit, um den «patriotischen» Fackelzug zu empfangen.

Aussergewöhnlich an diesen Tumulten, die bis heute im kollektiven Gedächtnis der Zürcher Linken haften geblieben sind, ist weniger die Gewalt an sich, die einen beinahe integralen Bestandteil der politischen Kultur des frühen 20. Jahrhunderts darstellte und durch das Aufkommen rechtsextremer Bewegungen in den frühen 30er Jahren noch zugenommen hatte. Bemerkenswert war vielmehr die Zusammensetzung des Werbefackelzugs, der mit dem Einmarsch ins Herz des «Roten Zürich» eine offensichtliche Provokation der Arbeiterschaft plante. Seite an Seite marschierten der frontistische «Harst», der Schlägertrupp der schweizerischen Faschisten, mit Exponenten des noblen Zürcher Freisinns und anderen bürgerlichen Parteigängern. Die «Neue Zürcher Zeitung» hatte den Umzug am Vortag gar als «Weiheakt der vaterländischen Aktion» angepriesen.[1]

Für die ersten Wahlen zu den Behörden der durch die zweite Eingemeindung zu «Gross-Zürich» erweiterten Stadt hatten sich die bürgerlichen Parteien zu einer Wahlallianz namens «Vaterländischer Block» mit verschiedenen «Fronten» und «Bünden» zusammengeschlossen. Für die Gemeinderatswahlen gab es eine Listenverbindung, auf dem bürgerlichen Sechserticket für den Stadtrat figurierte mit Robert Tobler auch der Führer der «Nationalen Front». Paradoxerweise warnten die Freisinnigen jedoch gleichzeitig in ihrer Wahlpropaganda vor ihren rechtsextremen Bündnispartnern. Die Reaktion auf die sozialdemokratische «Misswirtschaft» – damit war das seit 1928 bestehende «Rote Zürich» gemeint, das eine vorbildliche Sozial- und Wohnbaupolitik begonnen hatte – müsse kommen, und der «Systemwechsel» könne nun noch «auf legale Weise» erfolgen; ob dies in einem Jahr noch möglich sei, wisse kein Mensch: «Wehe, Bürger, wenn Du schläfst! Dann werden die Fronten mit eisernem Besen kehren und was dann an Freiheiten noch übrig bleibt, das siehst Du am heutigen Hitler-Deutschland:

[1] NZZ, 22.9.1933.

Nichts!» Die Fronten ihrerseits agitierten im Wahlkampf «gegen den antireligiösen, bolschewistischen und jüdischen Zersetzungsgeist» sowie «gegen den Parteienstaat und gegen den unverantwortlichen Parlamentarismus».[2]

Die wahltaktischen Verrenkungen nützten den Bürgerlichen wenig. Zwar erreichte ihr Bündnispartner, die «Nationale Front», einen Wähleranteil von 7,8 Prozent, diese Gewinne gingen aber weitgehend zulasten des Freisinns, sodass sich unter dem Strich wenig änderte. Im Stadt- wie auch im Gemeinderat behielt die SP ihre absolute Mehrheit – das «Rote Zürich» war vom Stimmbürger allen Unkenrufen zum Trotz bestätigt worden. Nach geschlagener «Wahlschlacht» triumphierte der spätere erste SP-Bundesrat Ernst Nobs in der «Roten Revue»: «Nie ist von bürgerlicher Seite ein Wahlkampf ordinärer geführt worden als diesmal. Der Wettbewerb in reaktionärem Radikalismus hat seine schlimmsten Orgien gefeiert. […] Es war eine Lust, die dicken, plumpen Lügen der reaktionären Wahlhetze Stück um Stück abzustechen […].»[3]

Die Zürcher Gemeindewahlen vom September 1933 stellten einen Höhepunkt des so genannten «Frontenfrühlings» dar, des Aufkommens faschistischer Bewegungen nach deutschem und italienischem Vorbild in der Schweiz. Gleichzeitig waren sie auch ein erfolgloser Testlauf bürgerlich-frontistischer Zusammenarbeit gegen die Arbeiterbewegung. Die Ursprünge der faschistischen Organisationen in der Schweiz reichten bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurück. Schon der 1919 als Zusammenschluss der nach dem Landesstreik gegründeten Bürgerwehren entstandene «Schweizerische Vaterländische Verband» hatte einen starken Rechtsdrall.

Die erste offen faschistische Organisation war dann die 1925 gegründete antisemitische «Heimatwehr», welche während der Agrarkrise vor allem bei den Klein- und Bergbauern des Berner Oberlandes Fuss fasste. 1930 entstanden in Zürich gleich zwei rechtsextreme Organisationen. Die Mitglieder der «Neuen Front», die sich als Kaderorganisation verstand, stammten aus freisinnigen Akademikerkreisen. Demgegenüber rekrutierte sich die «Nationale Front» zum grössten Teil aus dem Kleinbürgertum. Mit ihrer Zeitung «Der Eiserne Besen» und einem offen zur Schau getragenen Antisemitismus versuchte die «Nationale Front» die Massen zu mobilisieren. Im folgenden Jahr wurde nach deutschem Vorbild die «Nationalsozialistische Eidgenössische Arbeiterpartei» (NSEAP) gegründet. Im April 1933 vereinigte sich die Neue mit der «Nationalen Front» und auch die meisten Mitglieder der NSEAP traten zur «Nationalen Front» über.

In der Folgezeit gab es immer wieder Absplitterungen von der «Nationalen Front». Bereits 1933 gründeten einige enttäuschte Mitglieder die noch extremere «Nationalsozialistische Schweizerische Arbeiterpartei» (NSSAP). Ein führender Exponent war Emil Sonderegger, ehemaliger Generalstabschef der Schweizer Armee und von 1924 bis 1934 im Auftrag der Schweizerischen Industriegesellschaft Neuhausen (SIG) in ganz Europa als Waffenhändler unterwegs. Bereits 1934 verliess Sonderegger die NSSAP wieder und gründete mit der «Volksfront» eine eigene Bewegung. Weitere Fronten entstanden in der Deutschschweiz 1935 mit dem «Nationaldemokratischen Schweizerbund», 1936 mit der «Eidgenössischen Sozialen Arbeiter-Partei» (ESAP), die vor allem von Unternehmern der Chemie- und Nahrungsmittelindustrie finanziell unterstützt wurde, sowie 1938 mit der «Schweizerischen Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie» (SGAD) und dem «Bund treu-

[2] Schweizerisches Sozialarchiv 32/116, Wahlen Stadt Zürich, 1933.

[3] Nobs, Ernst: Die Zürcher Wahlschlacht, in: Rote Revue 13 (1933), S. 37.

er Eidgenossen nationalsozialistischer Weltanschauung» (BTE). Neben diesen offen faschistischen Bewegungen gab es auch mehrere in der Forschung als «gemässigtere Fronten» bezeichnete Organisationen in der Grauzone zwischen Rechtsbürgerlichen und Faschismus, so die 1931 entstandene «Eidgenössische Front» beziehungsweise «Eidgenössische Aktion» und die 1933 gegründeten Bewegungen «Neue Schweiz», «Bund für Volk und Heimat» (BVH) und «Katholisches Aufgebot».

Die wichtigste frontistische Organisation in der Romandie war die von Georges Oltramare geführte und vom faschistischen Italien finanziell unterstützte «Union Nationale» in Genf. Sie entstand 1932 aus dem Zusammenschluss der 1923 gegründeten rechtsbürgerlichen Partei «Union de défense économique», die ihre Anhänger im Mittelstand und der Unternehmerschaft hatte, mit der 1932 entstandenen faschistischen Bewegung «Ordre Politique National». Auch die «Union Nationale» vertrat unter dem Motto «Eine Lehre, ein Glaube, ein Führer» offen antidemokratische Ziele. Sie hetzte gegen Marxismus und Judentum und wollte an die Stelle der bestehenden halbdirekten Demokratie ein autoritär-korporatistisches System setzen. Die Parteianhänger paradierten als getreue Kopie ihrer ausländischen Vorbilder zu Marschmusik und uniformiert mit Baskenmützen und grauen Hemden durch die Strassen der Calvinstadt. Im November 1932 führte eine Propagandaveranstaltung der «Union Nationale» zu einem blutigen Armeeeinsatz, bei dem 13 antifaschistische Gegendemonstranten erschossen wurden (vgl. Rote Revue 84/4, 2007). Weit weniger erfolgreich war die 1933 von Arthur Fonjallaz bezeichnenderweise in Rom gegründete «Schweizerische Faschistische Bewegung». Bis heute überlebt hat dagegen die im selben Jahr von Marcel Regamey ins Leben gerufene ultraföderalistische «Ligue vaudoise».

In der italienischen Schweiz gelang der «Lega nazionale ticinese» zwischen 1933 und 1938 der Sprung in die kantonale Legislative sowie in die Gemeinderäte einiger Tessiner Kommunen. Die Partei wurde von Alfonso Riva geführt und rekrutierte ihre Anhängerschaft an den rechten Flügeln der beiden dominierenden Tessiner Parteien, der Freisinnigen und der Katholisch-Konservativen.

Ideologie und politischer Stil der Fronten waren Kopien ihrer ausländischen Vorbilder. Antisozialismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit verbanden sich mit einem irrationalen Führerkult, Fahnen-, Uniform- und Waffenfetischismus und einem autoritären Imponiergehabe an Massenaufmärschen und Versammlungen, wo Brandreden gehalten und Kampflieder gesunden wurden. Der Führergruss der Frontisten bestand im Recken des rechten Armes nach deutschem Vorbild, dazu wurde «Harus!» gebrüllt. 1933 bis 1935 führte die «Nationale Front» im Albisgüetli in Zürich nach dem Vorbild des «Tags der Nationalen Arbeit» in Nazi-Deutschland Gegenveranstaltungen zu den sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Maifeiern durch. Diese zogen zwar kaum ein Zehntel so viele Menschen an wie die linken Feiern, führten 1934 aber zu Zusammenstössen auf der Bahnhofstrasse.

Überhaupt mündeten Aktionen der frontistischen Schlägertrupps, der mit Stahlruten bewaffneten «Harste», immer wieder in Gewaltorgien. So kam es im November 1934 an sechs frontistischen Demonstrationen gegen das Kabarett Pfeffermühle und das Zürcher Schauspielhaus zu Strassenschlachten zwischen Frontisten und der Polizei. An diesen Tumulten war auch James Schwarzenbach beteiligt, der in den 60er und 70er Jahren zur Leitfigur der Anti-Überfremdungsbewegung werden sollte. In Schaffhausen kam es 1935 zu ähnlichen Vorfällen. Selbst vor Terrorakten schreckten die Frontisten nicht zurück. Im Januar 1934 verübten sie auf die Wohnung eines Redaktors des

sozialdemokratischen «Volksrecht» einen Sprengstoffanschlag.

Trotz alledem stiessen die Fronten zunächst im Schweizer Bürgertum durchaus auf gewisse Sympathien. Im Mai 1933, kurz nach der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften durch die Nazis, rief der Freisinnige Ernst Schürch in einem Referat vor dem Zentralvorstand seiner Partei aus: «Wir freuen uns des in den Fronten und neben den Fronten erwachsenen Abwehrwillens gegen den zersetzenden Marxismus [...].»[4] Kurz darauf widmeten die Zürcher Freisinnigen ihren Kantonaltag der Frage der Zusammenarbeit mit den Fronten. Parteipräsident Heinrich Weisflog meinte dabei, der Freisinn begrüsse «von ganzem Herzen den Grundton der neuen Bewegungen «Alles für das Vaterland» und ist mit ihnen einverstanden, wenn sie es unternehmen, unsere Ratssäle vom russischen Ungeziefer zu säubern». Ein gemeinsames Handeln sei möglich «schon mit Rücksicht auf das nächste Kriegsziel, die Befreiung der Stadt Zürich von der roten Herrschaft».[5] Und Karl Pestalozzi meinte namens der Jungfreisinnigen, sie begrüssten «die nationale Erneuerung und unterstützen die Fronten aufs kräftigste».[6] Der freisinnige «Bund» verstand das Verbot der SPD im Juni 1933 als «Ausrottung des Marxismus in Deutschland»[7] und publizierte kurz darauf auf seiner Frontseite einen ausführlichen Bericht über die Besichtigung eines Konzentrationslagers. Der Korrespondent führte aus, der Eindruck, den er erhalten habe, sei «ausgezeichnet»: «Streng und einfach, aber sauber ist der Betrieb. Wenn alle Lager sind wie dieses, und wenn der Zwang der Gefangenschaft nicht wäre, könnte man es in einem Konzentrationslager schon aushalten.»[8]

Auch EMD-Chef Rudolf Minger, dessen legendärer «Bierhübeli-Rede» von 1917 die SVP letztes Jahr als ihrer Geburtsstunde gedacht hat, erfreute sich zunächst an den Ereignissen im nördlichen Nachbarland und dem Aufstieg der Fronten in der Schweiz. In einer – nicht ins gedruckte Protokoll aufgenommenen – Rede im Nationalrat am 21. Juni 1933 meinte er triumphierend, in den vorangegangenen Monaten sei ein «Ereignis von weltwirtschaftlicher Bedeutung» eingetreten: «In Deutschland ist der Marxismus vernichtet, er existiert nicht mehr.» Mit Blick auf den Aufstieg der Fronten bemerkte der Bauernpolitiker: «Nachdem [...] die marxistische Weltauffassung in Italien und jetzt auch in Deutschland Fiasko gemacht hat, nachdem diese Weltauffassung das grosse russische Volk ins Elend gestürzt hat, ist es natürlich, dass in der Schweiz eine gesunde Reaktion kommt. Kann man es unserer Jugend verargen, wenn sie mit einer gewissen Leidenschaft eine neue Zeit herbeiwünscht?»[9] Einige Wochen später teilte Minger dem deutschen Gesandten von Weizsäcker mit, der Nationalsozialismus in Deutschland sei eine «naheliegende, ihm sympathische Entwicklung».[10]

Der Frontenfrühling von 1933 bescherte den schweizerischen Faschisten auch einige spektakuläre Wahlerfolge. Mit ihrem Stimmenanteil von 7,8 Prozent gewann die «Nationale Front» im Zürcher Gemeinderat 10 der 125 Sitze, die sie jedoch bei den nächsten Erneuerungswahlen alle wieder abgeben musste. Bei der Ständeratsersatzwahl in Schaffhausen im selben Monat erhielt ihr Kandidat gar einen Stimmenanteil von 26,7 Prozent. Die «Union Nationale» kam bei den Genfer Grossratswahlen vom November 1933 auf 9 Prozent und eroberte 10 der 100 Mandate. Bei den Nationalratswahlen

[4] Schürch, Ernst: Der Freisinn und die Fronten: Nach dem Referat vom 13. Mai 1933 vor dem Zentralvorstand der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz in Olten. Bern, 1933, S. 40f.

[5] NZZ, 29.5.1933.

[6] Ebd.

[7] Der Bund, 23.6.1933.

[8] Der Bund, 26.6.1933.

[9] Schweizerisches Bundesarchiv E 1301, Bd. 299: Nationalrat, Juni, 1933, S. 606–615.

[10] Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, 1918–1945, Serie C, Bd. II/1, Göttingen, 1973, S. 50.

von 1935, den einzigen, an denen sich die Frontisten beteiligten, gewann die «Nationale Front» ein Mandat in Zürich und die «Union Nationale» eines in Genf; in vier weiteren Kantonen gingen die Fronten leer aus. Im folgenden Jahr ging die «Union Nationale» mit den in der «Entente Nationale» zusammengeschlossenen bürgerlichen Parteien Genfs ein Wahlbündnis ein und ermöglichten damit die Rückeroberung der 1933 an die SP verlorenen Regierungsmehrheit durch die Rechten.

Mitte der 30er Jahre hatten die Fronten den Zenith ihrer Bedeutung allerdings bereits überschritten. 1935 scheiterte ihr Versuch, das politische System der Schweiz mit einer Totalrevision der Bundesverfassung im autoritären Sinne umzukrempeln. Die so genannte «Fronten-Initiative» wurde im September 1935 mit 72,3 Prozent Neinstimmen wuchtig verworfen, dies, obgleich die Vorlage auch von jungliberalen und liberalkonservativen Kreisen unterstützt worden war. Zwei Jahre darauf scheiterte auch die zweite frontistische Volksinitiative, die ein Verbot der Freimaurerei forderte, mit einem Neinstimmenanteil von 68,7 Prozent.

Nachdem nun die etablierten bürgerlichen Parteien trotz anhaltender Sympathie mancher ihrer Exponenten für Mussolini und Franco die Fronten zunehmend rechts liegen liessen, versuchten diese durch eine spektakuläre Aktion wieder die Aufmerksamkeit der Massen zu erlangen. Am 23. Mai 1937 inszenierten Georges Oltramare und der Zürcher Frontenführer Rolf Henne einen «Marsch auf Bern». Am Morgen dieses Tages fuhren etwa 200 Autos mit ihren Anhängern von Genf, Zürich, Basel, Schaffhausen und aus dem Aargau in die Bundeshauptstadt. Gegen zehn Uhr marschierten etwa 1000 Frontisten auf den Bundesplatz, wo Oltramare und Henne von einem Auto herab gegen «das System» wetterten und den Ausschluss von Juden und Freimaurern aus dem öffentlichen Leben forderten. Bei einem anschliessenden Umzug durch Bern kam es zu Scharmützeln mit der Polizei. Zum Abschluss nahmen die beiden Frontenführer von ihren vorbeidefilierenden Anhängern den Faschistengruss entgegen. Die Aktion erzielte allerdings nicht die erhoffte Wirkung.

Der Niedergang der Fronten in der zweiten Hälfte der 30er Jahre hatte verschiedene Ursachen. Zum einen erkannten zumindest Teile des Bürgertums aufgrund der Vorgänge in Deutschland, dass die hauptsächliche Bedrohung nicht von links, sondern von rechts kam. Zum anderen fühlten sich viele, die an sich weiterhin weit rechts standen und mit autoritären Staatsmodellen liebäugelten, von der schablonenhaften Imitation des Gehabes und der Symbolik der Diktaturen in den Nachbarländern abgestossen. Hinzu kam eine starke Zersplitterung der faschistischen Kräfte in der Schweiz, nicht zuletzt bedingt durch interne Rivalitäten und das Fehlen eines unbestrittenen charismatischen Führers.

Ein kurzes Revival erlebten die Frontisten indessen im Jahre 1940. Als die Schweiz nach der Niederlage Frankreichs ab dem Sommer von den Achsenmächten umgeben war, bildete sich die von Deutschland aus gesteuerte «Nationale Bewegung der Schweiz» (NBS), in der etwa die ESAP und die BTE aufgingen. Am 10. September 1940 gewährte der freisinnige Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz, der sich bereits durch eine anpasserische Rundfunkansprache nach dem Fall Frankreichs am 25. Juni in die Nesseln gesetzt hatte, den Anführern der NBS eine Audienz, was weit herum auf Kritik stiess. An der darauf folgenden Parlamentssitzung distanzierten sich alle grossen Parteien von Pilet-Golaz, SP und Landesring verlangten gar seinen Rücktritt.

Ähnliche Tendenzen wie der wiedererwachte Frontismus verfolgte die «Eingabe der Zweihundert» vom 15. November

1940. Das aus Kreisen des germanophilen «Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz» lancierte Manifest rief nach behördlichen Massnahmen gegen Presseorgane, die sich einer Anpassung an die neuen internationalen Machtverhältnisse widersetzten. Unterzeichnet wurde es von 173 Personen aus rechtsbürgerlichen akademischen, politischen und wirtschaftlichen Kreisen, darunter 80 Offizieren. Unter den Unterzeichnern befanden sich auch einige Frontisten.

Zwei Monate nach der Audienz beim Bundespräsidenten wurde die NBS vom Bundesrat aufgelöst. Auch andere frontistische Organisationen wurden – zusammen mit der Kommunistischen Partei und den Westschweizer Linkssozialisten – von der Landesregierung verboten. Die letzten frontistischen Organisationen verschwanden im Sommer 1943 von der Bildfläche. Hingegen existierten in Deutschland zwischen 1941 und 1944 zwei rivalisierende Auslandschweizerorganisationen, der «Bund der Schweizer in Grossdeutschland» (BSG) und der «Nationalsozialistische Schweizerbund» (NSSB), die für einen Anschluss der Schweiz an ein grossgermanisches Reich warben. Nach Kriegsende wurden die Aktivisten dieser Organisationen vom Bundesgericht zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg dauerte es nur einige Jahre, bis die Rechtsextremen wieder aktiv wurden. 1951 gründete der Altfaschist Gaston-Armand Amaudruz (der später bis Mitte der 90er Jahre als Mitglied der AUNS angehören sollte) die Bewegung «Nouvel Ordre Européen» sowie die kurzlebige «Volkspartei der Schweiz», die sich gemäss ihrem Programm für «europäische Wesensart und die weisse Rasse» einsetzte. In den 60er und 70er Jahren fanden einige ehemalige Frontisten eine neue politische Heimat in den Anti-Überfremdungs-Parteien. Bis in die 80er Jahre blieben offen rechtsextreme Organisationen aber verschlossene Zirkel. Erst dann wagte sich eine neue Generation von Neonazis mit Aufmärschen an die Öffentlichkeit und machte auch rasch wieder durch Gewaltaktionen wie Angriffe auf AusländerInnen und Anschläge auf Asylunterkünfte von sich reden. Einen ersten Höhepunkt erreichten diese Umtriebe um 1990, als nicht umsonst von einem «kleinen Frontenfrühling» die Rede war.